

zu TOP

DIE LINKE.

STADTRATSFRAKTION MAINZ

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46

55116 Mainz

Zimmer 2.066

Tel. 0 61 31 - 12 39 14

Fax 0 61 31 - 12 39 13

Mainz, 05.05.2023

Anfrage 0709/2023 zur Sitzung Stadtrat am 17.05.2023

Einführung des Deutschlandtickets (DIE LINKE)

Das Deutschlandticket wurde zum 01. Mai eingeführt, um eine umweltfreundlichere und kostengünstigere Alternative für den öffentlichen Verkehr anzubieten und die Mobilität innerhalb Deutschlands zu verbessern. Durch die Nutzung des Deutschlandtickets sollten mehr Menschen ermutigt werden, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen und den Individualverkehr zu reduzieren. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Erfolg des Deutschlandtickets in Mainz zu evaluieren und sicherzustellen, dass es seinen Zweck erfüllt und effektiv zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs beiträgt.

DIE LINKE im Mainzer Stadtrat hat zuletzt während der Oberbürgermeisterwahl in Mainz für die Weiterführung des im Sommer 2022 außerordentlich erfolgreichen 9€-Tickets durch Zuschusszahlung auf das Deutschlandticket geworben. Die Stadtverwaltung hat nun in einem ähnlichen Modell ein 9€-Ticket für städtische Beschäftigte ermöglicht – DIE LINKE begrüßt diesen Schritt ausdrücklich und schlägt weiterhin vor, dieses Modell auf alle Mainzer:innen auszuweiten, um eine soziale und ökologische Verkehrswende zu schaffen. Das 9€-Ticket bei der Stadtverwaltung kann wichtige Erkenntnisse über die Akzeptanz des Tickets liefern.

Daher fragen wir an:

1. Wie oft wurden das Deutschlandticket und Deutschland-Jobtickets zum Zeitpunkt dieser Anfrage in Mainz über die Mainzer Mobilität erworben?
2. Hat die Verwaltung Erkenntnisse darüber, wie viele Menschen in Mainz über andere Anbieter und Apps (z.B. DB Navigator) das Deutschlandticket und Deutschland-Jobticket erworben haben?

3. Bieten alle Tochterunternehmen, an denen die Stadt Mainz beteiligt ist, ein Deutschland-Jobticket für ihre Beschäftigten an? Wenn nein, welche Unternehmen sind dies und wieso wird dort kein Deutschland-Jobticket angeboten?
4. Wie viele Beschäftigte bei der Stadt Mainz haben Anspruch auf das seitens der Stadt vergünstigte Deutschland-Jobticket und wie viele davon haben diesen Anspruch geltend gemacht?
5. Welche Kosten entstehen durch die Einführung des Deutschland-Jobtickets und wie stehen diese im Verhältnis zu bisherigen Jobticket-Vereinbarungen der Stadtverwaltung?

Carmen Mauerer
(Ko-Fraktionsvorsitzende)